© Oliver Franke/Helmut und Loki Schmidt-Stiftung

Abschluss-Dokument Schmidt-Gespräch Nr. 1/2022

# Wissenschaft. Macht. Politik. – Klimadiskurs und Gesellschaft

KlimaCampus Hamburg | MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR METEOROLOGIE | HELMUT UND LOKI SCHMIDT STIFTUNG

www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de

## Inhalt


4 **Schmidt-Gespräche: Zur Einführung**

6 **Schmidt-Gespräch Nr. 1/2022 – Eckdaten**

7 **Das Schmidt-Gespräch führten**

8 **Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 1/2022**

- 8 Teil 1: Donnerstagnachmittag/Colloquium
- 9 Teil 2: Donnerstagabend, Schmidt-Haus
- 13 Teil 3: Freitagvormittag, Schmidt-Haus

18 **Ausblick von Hans von Storch**

21 Anlage 1: Kurzbiografien der Teilnehmenden

26 Anlage 2: Textempfehlungen der Teilnehmenden



Fotos: © Oliver Franke/Helmut und Loki Schmidt-Stiftung, Titel / Außenansicht Haus, S.18
© Herrmann Jansen/Helmut und Loki Schmidt-Stiftung, S.9–17

## Schmidt-Gespräche: Zur Einführung

Die Helmut und Loki Schmidt-Stiftung hat mit dem ersten Schmidt-Gespräch die Initiative zu einer neuen Nutzung des Schmidt-Hauses in Langenhorn auf den Weg gebracht. Wobei „neu" sich auf die letzten Jahre, also genauer: auf die Zeit nach dem Tod Helmut Schmidts bezieht.

Das Haus von Helmut und Loki Schmidt war stets ein Ort politischer und gesellschaftlicher Diskussionen. Staatsoberhäupter saßen beim früheren Bundeskanzler und seiner Frau im Wohnzimmer. Seit 1985 lud Helmut Schmidt regelmäßig die Freitagsgesellschaft zu sich nach Hause ein. Ein Kreis von Frauen und Männern, die im Winterhalbjahr an jedem zweiten Freitag im Monat zusammenkamen, um über Themen aus Politik, Kultur oder Wirtschaft zu diskutieren.

Diese Traditionen lässt die Stiftung aufleben.

Vor mehr als 25 Jahren hat das Ehepaar Schmidt die Stiftung gegründet. Sie brachten das schon damals bekannte Haus am Neubergerweg in die Stiftung ein und später auch ihr Vermögen. Zweck der Stiftung ist u.a die Förderung von Wissenschaft und Forschung auch durch Nutzung des Hauses.

Wir konnten mit den Schmidts ihre Ziele noch erörtern. Eines war ausdrücklich, das Haus in Langenhorn als national und international bekannten privat-öffentlichen Raum mit Leben zu füllen.

Ein bemerkenswerter Zug der Stifter war ihr enges, respektvoll-kritisches Verhältnis zu Wissenschaft und Wissenschaftlern. Seien es die eigenen naturforschenden Interessen von Loki Schmidt, sei es der enge Bezug zu vielen leitenden Wissenschaftlern – insbesondere zur Max-Planck-Gesellschaft – bei Helmut Schmidt. Als geradezu exemplarisch kann das freundschaftliche Verhältnis von Helmut Schmidt zu Reimar Lüst gelten, dem damaligen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. Übrigens einer, der innerhalb der Forschungsorganisation die Relevanz der Arbeiten von Professor Klaus Hasselmann, dem Gründungsdirektor des zentralen Partners dieses hier dokumentierten Gesprächs, dem Max-Planck-Institut für Meteorologie, sowie mittlerweile auch Träger des Nobelpreises, erkannt sowie die Gründung des Instituts gefördert hat.

Helmut Schmidt respektierte und forderte die Wissenschaft. „Was macht ihr denn mit Computern?", soll er einmal in einer Senatssitzung der Max-Planck-Gesellschaft deutlich gefragt haben – in einer Zeit, in der eine gewisse Ferne der zu den sich damals abzeichnenden Herausforderungen der angewandten Informationstechnik, heute würden wir von Digitalisierung reden, durchaus Thema war.

Ein anderes Wort von Schmidt: „Wissenschaft hat eine Bringschuld".

Das alles waren Elemente im Leben der Stifter, an die wir anknüpfen konnten.

Wir haben drei Dinge miteinander verbunden:

- die Nutzung des Hauses als Kommunikationsplattform
- die Förderung der Kommunikationsbeziehungen zur Hamburger Wissenschaft und auch zur Politik
- und den Fokus auf eines der tragenden Themen der öffentlichen Debatte, den Klimadiskurs.

Deshalb auch das Thema: Wissenschaft. Macht. Politik.

Die Stiftung versteht ihre Rolle als Gastgeber der Schmidt-Gespräche und Dienstleister für den Diskurs über ein öffentlich relevantes Thema, unter Einschluss der europäischen und internationalen Aspekte der Debatte. Die inhaltliche Konzeption sowie die Auswahl der Gäste erfolgen immer in Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Partnern.

Dass die Beteiligten, die wir in enger Abstimmung mit Hamburger Klimaforschenden ausgewählt und angesprochen haben, alle mit großem Engagement in einen intensiven Austausch eingestiegen sind und uns ermutigt haben, das Format fortzuführen, ist sicher ganz im Sinne der Stifter.

Der Dank der Stiftung gilt der Lenkungsgruppe des Projekts, den Professoren Karin Lochte, Jochem Marotzke und Hans v Storch.

Ohne die organisierende Hand von Dr. Martin Albers, als Sekretär des Projekts, und die professionelle Begleitung und Moderation von Dr. Barbara Hans wäre das Vorhaben nicht zu realisieren gewesen – ihnen an dieser Stelle mein besonderer Dank.

**Stefan Herms**
Geschäftsführender Vorstand der Helmut und Loki Schmidt Stiftung

## Schmidt-Gespräch Nr. 1/2022 – Eckdaten:

Das erste Schmidt-Gespräch fand am Donnerstag, 24., und Freitag, 25. März 2022 statt, und trug den Titel „Wissenschaft. Macht. Politik. – Klimadiskurs und Gesellschaft".

Die Veranstaltung bestand aus zwei Teilen: dem öffentlichen KlimaCampus Colloquium und drei nicht-öffentlichen Diskussionsrunden im früheren Wohnhaus der Schmidts in Langenhorn. Der erste (öffentliche) Teil war das KlimaCampus Colloqium des KlimaCampus Hamburg.

Im Anschluss an das Colloqium folgten drei Diskussionsrunden im früheren Wohnhaus von Helmut und Loki Schmidt in Langenhorn.

In Vorbereitung des Gespräches sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten worden, für den Diskurs wesentliche Texte anzugeben. Die angegebenen Texte sind allen Teilnehmern in einer Sammlung im Vorfeld zur Verfügung gestellt worden. Eine Liste der Texte ist als Anlage beigefügt.

Ziel des Schmidt-Gesprächs war der Austausch über die Frage, wie sich Politik und Wissenschaft als soziale Prozesse zueinander verhalten. Wie lassen sich naturwissenschaftliche Erkenntnis, demokratische Willensbildung und politische Handlungsimperative in Einklang bringen ohne die Autonomie der Systeme Wissenschaft und Politik zu gefährden? Im Kern ging es darum, wie sich naturwissenschaftliche Erkenntnis, demokratische Willensbildung und politische Handlungsimperative in Einklang bringen lassen, ohne die Autonomie der Systeme Wissenschaft und Politik zu gefährden.

## Das Schmidt-Gespräch führten:

- **Gregor Hagedorn**, Akademischer Direktor am Museum für Naturkunde Berlin und Gründungsmitglied von Scientists for Future.

- **Erland Källén**, Professor für Dynamische Meteorologie an der Universität Stockholm

- **Karin Lochte**, ehemalige Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, Helmholtz-Zentrum für Polar und Meeresforschung in Bremerhaven.

- **Jochem Marotzke**, Direktor und Wissenschaftliches Mitglied am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg.

- **Lamia Messari-Becker**, Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen und Mitglied im Club of Rome.

- **Alexander Mohrenberg**, MdHB, stellvertretender SPD-Landesvorsitzender Hamburg.

- **Almut Möller**, Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten.

- **Karen Pittel**, Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen sowie Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

- **Krista Sager**, Wissenschaftspolitikerin, Senatorin (HH) und MdB a.D. aus Hamburg.

- **Ursula Schröder**, Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie Professorin für Politikwissenschaft, insbesondere für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, an der Universität Hamburg.

- **Hans von Storch**, ehemaliger Leiter des Instituts für Küstenforschung am Helmholtz-Zentrum Geesthacht – Zentrum für Material- und Küstenforschung in Geesthacht.

- **Michael Werz**, Senior Fellow am Center for American Progress, Washington DC, USA.

- **Cathrin Zengerling**, Leiterin der Juniorprofessur Transformation zu nachhaltigen Energiesystemen (tenure track) an der Universität Freiburg.

- Moderation: **Dr. Barbara Hans**, Journalistin

Vgl. Anlage, Kurzbiographien

# Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 1/2022

## Teil 1: Donnerstagnachmittag/Colloquium

Die hier zusammengefassten Beiträge des Colloquiums des Klimacampus bildeten einen Einstieg in das Thema. Zugleich zeigen sie die Vielschichtigkeit der in den folgenden zwei Tagen diskutierten Komplexe auf.

Erland Källén gab einen pointierten Überblick über die Entwicklung der klimapolitischen Diskussion seit dem frühen 20. Jahrhundert. Zunächst ging er auf die großen Meilensteine der Klimaforschung ein, mit einem besonderen Fokus auf die Beiträge aus seinem Heimatland Schweden. Anschließend zeigte er ebenfalls anhand des schwedischen Beispiels auf, wie komplex das Wechselspiel von Wissenschaft und Politik bis heute ist. Der Bildung eines wissenschaftlichen Konsenses über den menschengemachten Klimawandel sei zwar ein weitgehender politischer Konsens über die Bedeutung des Problems gefolgt. Die konkrete Ausgestaltung von Klimapolitik unterliege jedoch einem Wechselspiel von Stimmungslagen, Interessen und externen Einflüssen, wobei die Kommunikation neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse eine wichtige Rolle spiele.

Michael Werz umriss in seinem Beitrag die außen- und sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels. Anhand der Beispielregionen nördliches bzw. westliches Afrika sowie Mittlerer und Naher Osten zeigte er auf, wie Wetterextreme, Klimawandel, Nahrungsmittelknappheit und politische Instabilität sowie Migrationsbewegungen verknüpft sind. Aufgrund dieser zunehmend komplexen Zusammenhänge werde Klimapolitik vor allem in den USA und mittlerweile auch in Deutschland richtigerweise als präventive Sicherheitspolitik verstanden.

Cathrin Zengerling widmete sich in ihrem Beitrag den aktuellen Entwicklungen der europäischen Klimapolitik. Sie betonte die Bedeutung der Rolle Deutschlands, dem als mit Abstand größtem Emittenten und aufgrund seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts ein besonders großer Einfluss zukomme. Zudem wies sie darauf hin, dass es bei der europäischen Klimapolitik aktuell sowohl ein „Ambition Gap" (Lücke in der Zielsetzung) gebe, als auch vor allem ein „Implementation Gap" (Lücke in der Umsetzung). Beim „Ambition Gap" reichten die formulierten Ziele nicht aus, um die Vorgaben des Pariser Abkommens einzuhalten. Beim „Implementation Gap" gebe es zwischen diesen selbst gesetzten Zielen und der tatsächlichen Umsetzung konkreter Maßnahmen noch ein erhebliches Defizit. Nur wenn es im weiteren Prozess gelinge, „Ambition Gap" und „Implementation Gap" zu schließen, gebe es eine Chance, das Pariser Abkommen noch zu erfüllen.

## Teil 2: Donnerstagabend, Schmidt-Haus

*„Wissenschaftler sollten sich zu Protagonisten für Lösungen machen und sie sollten darauf hinweisen, wenn Lösungen nicht funktionieren."*

*Gregor Hagedorn*

Im Zentrum der ersten Diskussionsrunde stand die Frage, wie und unter welchen Bedingungen Wissenschaft konstruktiv in den politischen Willensbildungsprozess eingreifen kann und soll. Dazu lag der Fokus zunächst vor allem auf der Perspektive der Wissenschaft. Ausgehend von ihren praktischen Erfahrungen mit politischer Beratung erörterten die Teilnehmenden Grenzen und Perspektiven dieser Einflussnahme.

Vier Aspekte standen dabei im Zentrum der Diskussion: Erstens bestand Einigkeit, dass gerade bei Fragen mit potenziell weitreichenden Folgen für die gesamte Gesellschaft die Wissenschaft sich nicht nur als bloße Dienstleisterin gegenüber einem technokratischen Politikbetrieb begreifen kann.

*„Ich sehe nicht, dass wir verloren sind. Wir können diese Erderwärmung gemeinsam, durch technische und soziale Innovationen noch stoppen. Es lohnt sich immer gegen die Erderwärmung zu kämpfen – immer."*

*Lamia Messari-Becker*

*„Das, was bei den Menschen ankommen muss, ist eine klare Kommunikation: Ja – es gibt Probleme und die sind ernst, aber es gibt auch Hoffnung!"*

*Karin Lochte*

Sie muss auch in der Lage sein, normativ Stellung zu nehmen. Bedingung dafür ist, transparent zu machen, auf welcher Grundlage eine Empfehlung erfolgt. Auf diese Weise können auch konkrete und sogar radikale Handlungsempfehlungen legitim sein. Zugleich muss sich aber auch eine aktiv einflussnehmende Wissenschaft der eigenen Rolle bewusst sein. So stehen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nie außerhalb der Gesellschaft, sie sind Staatsbürger und potenziell persönlich betroffen. Sie tragen jedoch keine politische Verantwortung für staatliche Entscheidungen und müssen daher akzeptieren, dass sie diese nur begleiten und nicht selbst fällen können. Dabei müssen sie sich ihrer besonderen Verantwortung als Wissensträger angesichts hochkomplexer Sachfragen bewusst sein.

Die Wissenschaft bezieht ihr Ansehen in der Öffentlichkeit zu einem Großteil daraus, dass sie als objektiv und wertungsfrei wahrgenommen wird. Gerade das macht es jedoch für politische Akteure so attraktiv, einzelne wissenschaftliche Beiträge für die eigene Position zu instrumentalisieren. Mit diesem Risiko muss wissenschaftliche Politikberatung aktiv und selbstkritisch umgehen.

Zweitens zeichnete sich ein weitgehender Konsens über die wesentlichen Herausforderungen politischer Kommunikation bei wissenschaftlichen Stellungnahmen ab. Auch wenn aus der Perspektive der Forschung eine Stellungnahme höchst relevant und fachlich richtig sein mag, hängt ihr Einfluss auf den politischen Diskurs stark von der Art, dem Zeitpunkt und dem gesellschaftlichen Kontext der Kommunikation ab. So müssen Forscherinnen und Forscher damit umgehen, dass ihre Beiträge zur öffentlichen Debatte nur dann wahrgenommen werden, wenn es die mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zulassen. Dabei können sowohl ein Defizit als auch ein Überschuss an Aufmerksamkeit problematisch sein. Sofern in Politik und journalistischer Öffentlichkeit kein Handlungsdruck wahrgenommen wird, drohen auch hochrelevante Interventionen aus der Wissenschaft wirkungslos zu verhallen.

Das gilt besonders bei einem Thema mit langfristigen Folgen wie dem Klimawandel. Umgekehrt kann jedoch beispielsweise eine akute Katastrophe dazu führen, dass sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf ein Problemfeld konzentriert, der politische Diskurs stark polarisiert wird und kurzfristig Lösungsvorschläge verlangt werden. Dann wiederum laufen abwägende wissenschaftliche Positionierungen Gefahr, politisch einseitig vereinnahmt anstatt sachlich diskutiert zu werden. Ein verantwortungsvoller Umgang mit wissenschaftlichen Positionierungen in der öffentlichen Debatte erfordert daher einen bewussten Umgang mit den Konjunkturen der politischen

Aufmerksamkeit. Dass der Grat zwischen diesem bewussten Umgang und gezielter Manipulation sehr schmal sein kann, wurde in der Diskussion ebenfalls kritisch beleuchtet.

In diesem Zusammenhang wurde drittens aufgezeigt, dass gerade die Klimaforschung oft vor einem kommunikativen Dilemma steht. Einerseits handelt es sich bei den Risiken des Klimawandels um sehr weitreichende Gefahren für große Teile der Menschheit.

*„Mein Motto ist 'Stop ignoring the science'. Und dazu müssen Sie als Wissenschaft eben beitragen."*

*Gregor Hagedorn*

Andererseits passen die probabilistische Natur dieser Risiken, ihr langer Zeithorizont und die komplexen Wirkungsketten kaum zur oben beschriebenen Aufmerksamkeitsökonomie moderner Mediengesellschaften. Ein Weg, um dennoch die gebotene Aufmerksamkeit zu erhalten, ist die rhetorische Eskalation, die die gegebenen Risiken zuspitzt und so die zukünftige Katastrophe kommunikativ vorwegnimmt. Indem Katastrophenszenarien drastisch ausgemalt werden, kann ein mögliches Aufmerksamkeitsfenster geschaffen werden, das die Reichweite der eigenen Botschaft deutlich erhöht. Diese Art der Kommunikation beinhaltet allerdings zugleich das Risiko eines Verlusts an Glaubwürdigkeit. Sobald Wissenschaft nicht mehr als seriös wahrgenommen wird, verliert sie auch ihre Kapazität als normative Instanz.

Dieses Risiko ist, viertens, gerade beim Thema Klimawandel besonders stark gegeben. Einerseits gibt es einen mittlerweile breiten wissenschaftlichen Konsens über die Existenz des

*"So even if it can be very tempting to go for the extremes, we should try to refrain from doing that. We still have to maintain credibility; we still have to be rational."*

*Erland Källén*

Klimawandels, seine Ursachen durch anthropogene Treibhausgase sowie die Tatsache, dass die menschliche Zivilisation durch die Folgen des Klimawandels unter massiven Druck geraten wird. Dieser Konsens und die daraus abgeleitete Forderung nach einer raschen Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels können aus Sicht von Forscherinnen und Forschern durchaus als moralischer Imperativ verstanden werden, sich eindeutig und pointiert in die politische Debatte einzubringen. Andererseits steht der Einigkeit über die grundsätzliche Problematik die Tatsache entgegen, dass die konkreten Auswirkungen des Klimawandels an verschiedenen Orten extrem unterschiedlich und hochkomplex sind. Ähnliches gilt für das Verhältnis von ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten einzelner Maßnahmen zur Emissionsreduktion. Auch die Frage nach angemessenen Schritten zur Klimafolgenanpassung führt schnell in hochdifferenzierte und kleinteilige Diskussionen. Wenn Forscherinnen und Forscher also mit Verweis auf den genannten Konsens einen grundsätzlichen Handlungsdruck konstatieren, müssen sie gleichzeitig die Komplexität und Ergebnisoffenheit hinsichtlich konkreter Lösungsansätze berücksichtigen.

*„In diesem Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, welche Rolle spielt da eigentlich die Moral? Und dürfen wir dem moralischen Argument bedingungslos vertrauen?"*

*Krista Sager*

Diese vier Aspekte stellen wissenschaftliche Politikberatung vor enorme Herausforderungen. Ein konstruktiver Umgang besteht darin, sich der Herausforderungen bewusst zu werden und gleichzeitig auf die mittel- und langfristige Lernfähigkeit von Gesellschaft und Politik zu setzen. Auch wenn ein fachlich fundierter Beitrag kurzfristig ohne unmittelbare Wirkung bleiben mag, kann er doch Teil eines längeren Prozesses der Bewusstseinsentwicklung sein. Voraussetzung dafür ist jedoch ein Höchstmaß an Transparenz und Ehrlichkeit – sowohl hinsichtlich der eigenen Motivation als auch mit Blick auf die wissenschaftliche Begründung einer Position.

## Teil 3: Freitagvormittag, Schmidt-Haus

Am zweiten Tag wurden die zuvor diskutierten Themen weiter vertieft und ergänzt. Dabei rückte insgesamt stärker die Frage ins Zentrum, wie der als notwendig empfundene Wandel innerhalb demokratischer Gesellschaften initiiert und umgesetzt werden kann und welche Rolle der Wissenschaft dabei zukommt.

Den inhaltlichen Ausgangspunkt für diesen Komplex bildete eine Diskussion des Verhältnisses von naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung und angewandten Disziplinen. Hier wurden zwei Positionen formuliert: Auf der einen Seite wurde argumentiert, die

*„Die zentralen Fragen sind schon geklärt."*

*Hans von Storch*

Klimaphysik habe die mit Blick auf die Diskussion eigentlich entscheidende Frage bereits beantwortet. Mit dem Nachweis der Existenz des anthropogenen Klimawandels sei die große Aufgabe der physikalischen Klimawissenschaft faktisch gelöst. Denn damit sei das Problem formuliert, dem sich die Gesellschaften nun stellen müssten. Daher gehe die Verantwortung nun deutlich stärker auf jene Disziplinen über, die Beiträge zur Emissionsreduktion und zur Bewältigung der Klimafolgen leisten könnten. Dies seien ausdrücklich nicht nur die Naturwissenschaften, sondern auch Ingenieursdisziplinen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften oder die Rechtswissenschaft.

Die Gegenposition lautete, nach wie vor seien von der Grundlagenforschung der Klimaphysik drei große Forschungsproble-

*„Wir haben drei Fragen formuliert, die riesige Herausforderungen darstellen. Die erste Frage ist: Wie ändert sich das Wetter mit dem Klima? Die zweite Frage ist: Wo geht der anthropogene Kohlenstoff hin? Und die dritte Frage ist: Wie beeinflusst das Klima die Bewohnbarkeit der Erde und ihrer Regionen?"*

*Jochem Marotzke*

me zu lösen. So müsse beantwortet werden, wie sich das Wetter verändere, was mit dem anthropogenen CO2 in der Atmosphäre geschehe und wie der Klimawandel die Bewohnbarkeit des Planeten wandele. Diese Fragen hätten ähnlich weitreichende Bedeutung wie die ursprüngliche nach der Existenz des Klimawandels an sich.

*„Was braucht es, um soziale Dynamiken zu entfachen, die sich selbst tragen? Das gilt auf allen Ebenen."*

*Cathrin Zengerling*

*„Aus infrastruktureller und bautechnischer Sicht kann ich Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen wunderbar kombinieren. Es ist kein ‚entweder oder', sondern ‚sowohl, als auch': Am Gebäude kann ich durch klimaaktive Gründächer zur natürlichen Kühlung beitragen, Kühlenergie sparen und eine Dämmwirkung erzielen. Mehr Grünraum speichert CO2, kühlt und fördert Biodiversität."*

*Lamia Messari-Becker*

Die Teilnehmenden definierten zwei große Problemkreise und reflektierten zugleich mögliche Lösungswege.

Der erste Problemkreis befasst sich mit den Herausforderungen der Klimapolitik innerhalb von demokratischen Systemen. Bildlich wurde dies durch die Metapher der Gesellschaft als Gruppe am Lagerfeuer. Um die Aufgaben von Emissionsreduktion und Klimafolgenanpassung zu bewältigen, müsse es demnach gelingen, möglichst große Teile der Gesellschaft zusammenzubringen und um das Lagerfeuer als dem geteilten Ziel einer nachhaltigen Zukunft zu versammeln. Dabei sei entscheidend, die soziale Komponente mitzudenken und sinnbildlich gerade auch diejenigen in den Blick zu nehmen, die weiter entfernt vom Feuer sitzen. Dies könne gelingen, wenn Klimapolitik so gestaltet werde, dass sie nicht zu Ängsten vor einem Verlust an Wohlstand und Lebensqualität führe. Im Gegenteil müsse es möglich sein, ökologisch sinnvolle Maßnahmen in einer Weise umzusetzen, die ein Großteil der Gesellschaft als Gewinn empfindet. Als Beispiel wurde ein deutlich verbesserter, günstiger öffentlicher Nahverkehr genannt, der einen Verzicht auf die Nutzung eines eigenen PKW nahelegt. Die Intention einer Fokussierung auf positive Effekte und Narrative in der Vermittlung von Klimapolitik stieß auf breite Zustimmung. Gleichzeitig mahnten mehrere Teilnehmende an, dass Transparenz und Ehrlichkeit in der Klimadebatte entscheidend seien. So können die globalen Klimaziele nur mit zum Teil schmerz-

*„Nur sozialverträgliche Klimapolitik ist wirklich nachhaltig. Man muss daher kommunizieren, dass man diese Verhaltensänderungen der Menschen nicht nur erwartet, sondern eben auch unterstützt. "*

*Alexander Mohrenberg*

lichen Änderungen des westlichen Konsummodells erreicht werden. Dies müsse auch klar kommuniziert werden. Es herrschte weitgehende Einigkeit, dass besonders zwei Dinge entscheidend sind, wenn es darum geht, Klimapolitik als gemeinsames Projekt der Gesellschaft zu etablieren. Dies sind erstens eine offene und ehrliche Kommunikation und zweitens die aktive Adressierung von Gerechtigkeitsfragen sowohl zwischen sozialen Gruppen als auch zwischen Generationen. Ein lösungsorientierter, von Neugier und Forscherdrang getriebener Ansatz ist zudem wichtig, um jenseits grundsätzlicher Verteilungsdebatten konkrete Fortschritte zu erzielen – sei es mit Blick auf Gebäudetechnik und Städtebau, die Ausgestaltung steuerlicher Anreize oder die Sicherung der Energieversorgung. Der politische Entscheidungsprozess muss jedoch demokratisch legitimiert sein. Ideen, demokratische Prozesse zu schwächen oder gar auszuhebeln, um im Namen einer angeblich wissenschaftlich begründeten Klimapolitik raschere Fortschritte zu erzielen, lehnten alle Teilnehmenden ab.

Der im Rahmen der Veranstaltung diskutierte zweite politische Problemkreis umfasst die internationalen Dimensionen von Klimapolitik. Hier richteten die Teilnehmenden den Blick auf drei Themenfelder: die USA, die EU und das Verhältnis zu Russland angesichts des Ukrainekriegs. Anhand dieser geografischen Schwerpunkte wurde vor allem deutlich, wie stark physischer Klimawandel, regionale bzw. nationale Politik und internationale Entwicklungen verknüpft sind. Die Teilnehmenden beließen es jedoch nicht dabei, anlässlich dieser Komplexität auf die beschränkten Möglichkeiten demokratischer

*„Wir müssen auch überlegen, dass es nicht überall immer mehr Gewinne gibt oder Win-Win-Situationen. Es gibt teilweise Trade-offs und ein Entweder-Oder."*

*Karen Pittel*

*„Das Problem ist, dass Leute, die nichts mehr glauben, zugleich alles glauben."*

*Michael Werz*

Politik im nationalstaatlichen Kontext hinzuweisen. Vielmehr betonten sie zugleich, wie gerade die Vielschichtigkeit neue, kreative Handlungsoptionen ermöglicht.

Das amerikanische Beispiel knüpfte dabei unmittelbar an die diskutierten Punkte zur Kommunikation von Klimapolitik an. Hier wurde darauf verwiesen, dass es in den USA noch sehr viel stärker als in Europa mittlerweile eine etablierte reaktionäre Gegenaufklärung gebe, die sich gegen alles richte, was als „Establishment" wahrgenommen werde. Dies umfasse mittlerweile auch die Universitäten und die Wissenschaft an sich, der von großen Teilen der konservativen Wählerschaft grundsätzlich kein Gehör mehr geschenkt werde. Damit entsteht ein ernstes Problem für die Demokratie, wie sich gerade bei der Debatte über Klimapolitik zeigt. Denn hier ist es faktisch unmöglich, die betroffenen Gruppen überhaupt mit rationalen Argumenten zu erreichen. Vielleicht bestehe jedoch ein Weg – so ein Beitrag –, über einen Verweis auf internationale Dimensionen doch wieder die Option eines gemeinsamen Dialoges zu schaffen. Dabei müsse darauf hingewiesen werden, dass der Klimawandel zu politischer Instabilität, wirtschaftlichen Krisen und enormem Migrationsdruck in anderen Teilen der Welt führt und damit auch den amerikanischen Wohlstand gefährdet. So könnte es unter Umständen gelingen, auch in Teilen des konservativen Milieus neue Denkanstöße über eine Klimapolitik im nationalen Interesse zu initiieren.

*„Ich bin immer wieder erfreut zu sehen, wie viel positive Dynamik entsteht und welches Gespür es in Städten dafür gibt, Dinge zu tun, die das Leben vor Ort besser machen. Dort passiert die Organisation einer großen Wende, die Vertrauen braucht, die Mut braucht und Empowerment."*

*Almut Möller*

Auch mit Blick auf die Europäische Union wurden zunächst die Herausforderungen diskutiert, in einem derart komplexen System eine mehrheitsfähige Klimapolitik zu entwickeln. Auch wenn diese Herausforderungen deutlich anders gelagert sind, steht auch hier die Politik vor der Aufgabe, Lösungen zu finden, die sowohl den Empfehlungen aus der Wissenschaft folgen als auch von der Bevölkerung getragen und unterstützt werden. Letztere darf sich nicht entmündigt fühlen, sondern muss aktiv die Möglichkeit der Politikgestaltung haben. Hier konnte anhand des Hamburger Beispiels aufgezeigt werden, dass es durchaus möglich ist, auch als Kommune die eigenen Belange in den politischen Prozess einzuspeisen. Schließlich finden sowohl Emissionsreduktion als auch Klimaanpassung in sehr vielen Fällen auf Ebene der Städte statt. Die kommunale Perspektive kann daher einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Legitimität auch europäischer Klimapolitik leisten. Durch frühzeitiges Einbringen der eigenen Positionen und Expertise gegenüber dem Bund und direkt in Brüssel sowie durch die Vernetzung mit anderen Städten bestehen dabei durchaus gute Chancen, Gehör zu finden.

*„Der Krieg zeigt uns, warum wir Klima global denken müssen."*

*Ursula Schröder*

Das dritte Themenfeld internationaler Fragen bezog sich auf den Ukrainekrieg. Neben dem unmittelbaren Leid der ukrainischen Bevölkerung habe dieser Krieg auch gravierende Folgen für die regelbasierte Weltordnung, so eine These. Das wiederum habe unmittelbare Auswirkungen auf die Perspektiven einer globalen Klimapolitik. Zwar offenbarte diese Ordnung bereits vor dem Krieg Anzeichen einer Krise. Nun jedoch könnte sie faktisch vor dem Ende stehen. Dies ist umso problematischer, als der Krieg – wenngleich nicht in seinen Ursachen, so doch in seinen Auswirkungen, gerade auch auf Deutschland ein fossiler Konflikt ist, der die unterschiedlichen Arten, sich mit dem Thema Energiepolitik zu beschäftigen, auf eine dramatische Art vernetzt. Die sich abzeichnende Spaltung der Welt in verschiedene Machtblöcke, zwischen denen Kooperation nicht oder nur sehr schwer möglich ist, könnte einen gemeinsamen Umgang mit dem Klimawandel auf Grundlage rationaler Argumente nahezu unmöglich machen. Zugleich zeigt der Krieg jedoch auch, dass vor allem die europäischen Gesellschaften in der Lage sind, ihre verteidigungs- und energiepolitischen Sichtweisen in sehr kurzer Zeit grundsätzlich neu auszurichten und dabei auch materielle Einbußen in Kauf zu nehmen. Bei allen negativen Entwicklungen geben diese Flexibilität und Resilienz daher auch Anlass zur Hoffnung. Das erzwungene energiepolitische Umdenken kann letztlich dazu führen, dass beispielsweise Deutschland strategisch unabhängiger von importierten fossilen Energieträgern wird und gleichzeitig die Dekarbonisierung beschleunigt. In ähnlicher Weise könnten die geopolitischen Auswirkungen das Bewusstsein für die klimapolitisch ungleiche

Lastenverteilung zwischen Nord und Süd schärfen. Nur wenn die Belange des globalen Südens ernster als bisher genommen werden, kann eine Einbindung in globale Anstrengungen zur Emissionsreduktion Erfolg haben.

Noch stärker als bei den Diskussionen zu Amerika und der EU standen somit hinsichtlich des Ukrainekriegs die Sorgen angesichts von Leid, Zerstörung und zukünftiger Instabilität im Vordergrund. Doch sahen die Teilnehmenden eben auch bei allen drei Themenfeldern Ansätze für eine aktive Krisenbewältigung im Sinne von Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

## Ausblick von Hans von Storch

Das erste Schmidt-Gespräch zum Klima zeigte weitgehende Einigkeit der ExpertInnen. Zwei Themen aber bedürfen offenbar weiteren Nachdenkens: Einmal die Frage, welche Rolle Wissenschaft in der Politik spielen kann und sollte – ohne dass die beiden sozialen Akteure Politik und Wissenschaft ihre Stärken beschädigen. Zweitens: Inwieweit die geophysikalisch orientierte Klimaforschung noch die wesentlichen Beiträge zur Debatte über den Klimawandel beitragen kann. Denn recht unstrittig geht es darum, wie „wir" mit dem vom Menschen gemachten Klimawandel umgehen.

Der gesellschaftliche Rahmen, in der diese erforderliche vertiefende Debatte abläuft, hat sich deutlich geändert: Einerseits wurde die schon lange angekündigte Zukunftsaussicht der Klimakatastrophe unter anderem durch die letzten zwei Sommer in der Öffentlichkeit und in den Medien verstärkt als real wahrgenommen. Die Notwendigkeit, diesen Klimawandel bei einer noch akzeptablen Änderung zu stoppen, führt zum Sachzwang, ohne Gas, Öl und Kohle zu wirtschaften.

Da man sich zugleich vorgenommen hat, ohne Kernkraft zu arbeiten, sollte importiertes Erdgas als „Brückentechnologie" zum Zuge kommen, weil dies mit weniger CO2-Emissionen verbunden ist. Es zeigt sich nun, dass diese beruhigende „Lösung" doch zu sehr auf Hoffnungen basierte und der harten Probe der Realität nicht standhält.

Grundsätzlich wussten wir natürlich, dass neben dieser in Aussicht gestellten Katastrophe noch viele weitere Entwicklungen möglich sind, die uns ebenfalls als Gesellschaft auf existentielle Art herausfordern. Die letzten zwei, drei Jahre haben uns solche bösen Überraschungen tatsächlich vorgeführt: Pandemie in der Welt, Krieg in Europa, Inflation bei uns, drohende Verarmung in breiten Bevölkerungsgruppen bei uns und in der Dritten Welt.

Die Bürger dieses Landes erwarteten dies nicht – die Pandemie überrollte uns in wenigen Wochen, der Krieg änderte die politische Landschaft binnen Tagen. Verschiedene offensichtlich ernsthafte Probleme nisteten sich nicht nur in unseren Wohnzimmern ein, sondern sie torpedieren die avisierten Klimaziele: Kohle, die „schmutzigste" aller Energieformen, wird wieder genutzt, und gefracktes US-Erdgas gebraucht. Die Reaktion auf die Polykrise beschleunigt zwar den Ausbau

erneuerbarer Energien und Anstrengungen zum Stromsparen. Zugleich aber stellt sie auch zumindest die kurzfristigen Klimaziele Deutschlands in Frage.

Die deutsche Öffentlichkeit nimmt zur Kenntnis, dass es so etwas wie eine Themenkonkurrenz in der Politik gibt, dass Klima und Umwelt ein sehr wichtiges Thema sind – aber neben anderen. Es wurde lange suggeriert, dass das Klimathema das wichtigste Thema der Weltpolitik sei. Aktuell ist dem wohl eher nicht so. Die Negation von „wichtigstes Thema" ist allerdings nicht „unwichtiges Thema", sondern „nicht allein wichtiges".

Für die öffentliche Debatte stellen sich so zwei Fragen angesichts des stark ausgeweiteten Spektrums an Herausforderungen: Wie kann Wissenschaft mit so einem Spektrum umgehen, wo doch qualitativ hochwertige Wissenschaft primär auf tiefes, aber doch eben eher enges, spezialisiertes Wissen abhebt? Und wie kann Politik den komplexen Herausforderungen entgegentreten und dabei mit zwar weit gefächerten, aber zugleich eher flachen Wissensansprüchen diverser gesellschaftlicher Interessen umgehen?

Mit anderen Worten: Geophysikalische Klimawissenschaft muss und wird weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere die sich entwickelnden Klimaänderungen und deren Wirkungen müssen überwacht, beschrieben und bewertet werden. Aber die Rolle der Wissenschaft am gesellschaftlichen Lagerfeuer wird sich ändern müssen – andere Akteure müssen hinzutreten. Ein breites Spektrum gesellschaftlicher Expertise ist erforderlich. Dazu zählen auf wissenschaftlicher Seite auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, also Disziplinen, die deutlich über die klassische Klimaforschung hinausgehen. Vor allem auch: unmittelbar in Wirtschaft und Gesellschaft betroffene Akteure. Schon Helmut Schmidt wusste sehr gut, dass Politik sich nicht direkt aus guten Zielen ergibt, sondern im Getümmel der Interessengegensätze ihren Weg finden muss.

Nach dem ersten Schmidt-Gespräch in Langenhorn wäre eine Fortsetzung in dem skizzierten Rahmen daher wünschenswert.

## Anlage 1: Kurzbiografien der Teilnehmenden – Schmidt-Gespräch 2022 „Wissenschaft.Macht.Politik." – Klimadiskurs und Gesellschaft"

**Dr. Gregor Hagedorn** ist akad. Direktor am Museum für Naturkunde Berlin; Mitgründer Scientists for Future; Forschungsschwerpunkte: Lösungen der Nachhaltigkeitskrise (einschließlich der Klima-, Biodiversitäts- und Bodenkrise), Rolle der Zivilgesellschaft und Wissenschaftskommunikation. Neuere Veröffentlichungen: The concerns of the young protesters are justified, GAIA 28, doi:10.14512/gaia.28.2.3. Scientists for Future: Aufklärung gegen die Klimakrise. Blätter für Deutsche & Internationale Politik, 9/2019. Scientists for Future empfiehlt eine repräsentative Klima-Bürger:innenversammlung im Jahr 2021, doi: 10.5281/zenodo.4417265. Was müssen wir anders machen? Wie wir uns und unseren Kindern eine Zukunft gewinnen. In Dohm et al., Climate Action - Psychologie der Klimakrise. Handlungshemmnisse und Handlungsmöglichkeiten, doi: 10.30820/9783837978018-175.

**Dr. Barbara Hans** arbeitete als Kommunikationswissenschaftlerin an den Universitäten Hamburg, Münster, Sussex und an der Columbia University in New York. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Themen Vertrauen, Medienethik und politische Inszenierungen. Sie ist ehrenamtlich Director des Dart Center for Journalism and Trauma Europe, das seinen Hauptsitz an der Columbia University Graduate School of Journalism in New York hat. Als Reporterin und Ressortleiterin war sie für den SPIEGEL und SPIEGEL ONLINE tätig, baute als Chefredakteurin die Redaktion von SPIEGEL ONLINE auf und leitete zuletzt die fusionierte Redaktion von SPIEGEL und SPIEGEL ONLINE. Sie berät Einzelpersonen und Unternehmen in Führungs- und Strategiefragen und ist Alumna der Studienstiftung des deutschen Volkes.

**Prof. Dr. Erland Källén** ist seit 1996 Professor für dynamische Meteorologie an der Universität Stockholm, Schweden. Er promovierte 1980 in Meteorologie und war in den Jahren 1983 bis 1996 als außerordentlicher Professor an der Universität Stockholm tätig. Im Jahr 2009 wechselte er zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF) in Reading, Großbritannien, als Forschungsdirektor, eine Position, die er bis 2017 innehatte. In den Jahren 2018-2020 war er Direktor des Zentrums für Klimaforschung Singapur. Erland Källén arbeitete auch für das Schwedische Meteorologische und Hydrologische Institut in Norrköping, Schweden, als Programmleiter für europäische Kooperationsprojekte im Bereich der numerischen Wettervorhersage und als Programmdirektor für das schwedische regionale Klimamodellierungsprogramm (SWECLIM). Er ist Mitglied der Königlich Schwedischen Akademie der Ingenieurwissenschaften und der Academia Europea.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Karin Lochte** studierte an der Universität Hannover (Biologie, Chemie und Philosophie, Staatsexamen für Höheres Lehramt) und an der University of North Wales UK (Meeresbiologie, MSc, PhD). Ihre Forschung umfasste Themen des Kohlenstoff- und Stickstoffkreislaufs im Meer, Tiefsee- und Polarforschung sowie Rolle des Ozeans in der Klimaregulierung. Sie forschte am Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, am GEOMAR Kiel, am Leibniz Institut für Ostseeforschung Rostock und war Professorin an den Universitäten Rostock, Kiel und Bremen. Sie leitete zehn Jahre lang das Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung. Zurzeit ist sie u.a. Vorsitzende der Trilateralen Wattenmeer Kommission, Mitglied des nationalen Komitees der UN-Ozeandekade und zentrale Ombudsperson der Helmholtz Gemeinschaft.

**Prof. Dr. Jochem Marotzke**, ist Direktor am Max-Planck-Institut für Meteorologie und leitet dort die Abteilung „Ozean im Erdsystem". Er studierte Physik an den Universitäten Bonn, Kopenhagen und Kiel und promovierte in Kiel im Fach Ozeanographie. In den 90er Jahren lehrte er am Massachusetts Institute of Technology, USA, und war danach als Professor für Ozeanographie am Southampton Oceanography Centre in Großbritannien tätig. Er wirkte am 5. und 6. Bericht des Weltklimarates IPCC als Koordinierender Leitautor mit. Er ist Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina sowie der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech. 2009 erhielt er die Fridtjof-Nansen-Medaille der Europäischen Geowissenschaftlichen Vereinigung.

**Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker** ist seit 2013 Inhaberin der Professur Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen. Sie studierte Bauingenieurwesens und promovierte an der TU Darmstadt (Thema:CO2-Minderung bei Wohngebäuden unter Einbezug von CO2-Zertifikaten, 2006). Anschließend arbeitete sie u.a. als Partnerin in einem Ingenieurbüro mit Niederlassungen in Frankfurt a.M., Paris, Wien, Oslo, Rom, Melbourne. Ihre Forschungsgebiete umfassen Ressourceneffizienz, Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft im Hoch- und Städtebau, kommunaler Klimaschutz sowie Strategien zur Anpassung an den Klimawandel. Messari-Becker wurde in verschiedene wissenschaftliche und politische Gremien berufen. Sie war Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (2016–20), im Beirat der internationalen Bauausstellung IBA Thüringen (2016–19), im Expertenkreis Zukunft Bau des Bundes (2017–22) sowie Gutachterin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, zur Gründung von zwei Großforschungszentren (2022). Seit 2022 gehört sie dem Zukunftsrat nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz sowie dem Beirat der Bundesstiftung Baukultur an. Seit 2020 ist sie Mitglied im Club of Rome.

**Alexander Mohrenberg** ist seit 2020 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Sprecher der SPD-Fraktion für die Themen Klima, Umwelt, Energie und Agrarpolitik. Zuvor war er als jüngster Bezirksabgeordneter Hamburgs fünf Jahre lang Mitglied der Bezirksversammlung Bergedorf. Er studierte Jura an der Bucerius Law School in Hamburg und in Paris und beendete sein Studium mit dem ersten Staatsexamen. Seit 2018 ist er Vorsitzender der Jusos Hamburg und seit 2021 stellvertretender SPD-Landesvorsitzender.

**Staatsrätin Almut Möller** studierte Politische Wissenschaft, Verfassungsrecht und Neuere und Neueste Geschichte an den Universitäten Münster, Aix-en-Provence (Frankreich) und München. Sie arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) der Ludwig-Maximilians-Universität München, mit Forschungsaufenthalten in Peking, Kairo und Washington, D.C.. Nach einer Tätigkeit als freie Publizistin leitete sie das Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP e.V.), und anschließend den European Council on Foreign Relations (ECFR) Berlin. Seit 1. Oktober 2019 ist sie Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten

**Prof. Dr. Karen Pittel** leitet das Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen am ifo Institut und ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der LMU München. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen und der University of North Carolina at Chapel Hill, promovierte an der Technischen Universität Chemnitz und erhielt ihre Venia Legendi von der ETH Zürich. Karen Pittels Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Wachstumstheorie und der Energie- und Klimaökonomie mit Schwerpunkt auf der Energiewende und der Gestaltung einer effizienten und effektiven Klima- und Energiepolitik. Sie wurde in eine Reihe von politischen und wissenschaftlichen Beratungsgremien berufen. So ist sie beispielsweise Co-Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), stellvertretende Co-Vorsitzende des Lenkungskreises der Deutschen Wissenschaftsplattform Klimaschutz und Mitglied des Bayerischen Klimarats.

Senatorin a.D. Krista Sager ist Wissenschaftspolitikerin (Bündnis90/Die Grünen) und begleitet die Diskussionen über Themen und Probleme des deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystems seit vielen Jahren. Unter anderem war sie Wissenschaftssenatorin in Hamburg (1997–2001), Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (bis 2013), Mitglied des Senats der Max-Planck-Gesellschaft (bis 2017). Aktuell ist sie u.a. Mitglied im Kuratorium der Humboldt-Universität zu Berlin, im Hochschulrat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, im Stiftungsrat der Leuphana Universität Lüneburg, im Kuratorium der Akademie der Wissenschaften Hamburg, im Beirat des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung, im Lenkungsausschuss des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms (Goethe Universität Frankfurt a.M.). In den letzten Jahren hat sie sich intensiv mit dem Thema wissenschaftsbasierte Politikberatung und Wissenschaftskommunikation befasst. U. a. wurde sie als externe Sachverständige vom Wissenschaftsrat zur Vorbereitung des Positionspapiers Wissenschaftskommunikation (Kiel Okt. 2021) eingeladen.

Prof. Dr. Ursula Schröder ist seit 2017 Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie Professorin für Politikwissenschaft, insbesondere für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, an der Universität Hamburg. Zuvor war sie Professorin für internationale Sicherheitspolitik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sie hat an der Humboldt Universität und an der Freien Universität in Berlin sowie an der University of Wales in Aberystwyth, Wales, studiert und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz promoviert. Ursula Schröder forscht zur Entstehung und zum Wandel staatlicher und überstaatlicher Friedens- und Sicherheitsordnungen in Europa und darüber hinaus. Im Rahmen des Hamburger Exzellenzclusters 'Climate, Climatic Change and Society' analysiert sie im Projekt Conflict and Cooperation at the Climate Security Nexus, welche kooperativen oder konfliktiven Strategien unterschiedliche Sicherheitsakteure und lokale Gemeinschaften verfolgen, um auf Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren und welche Folgen diese haben.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans von Storch war von 1996 bis 2015 Direktor des Instituts für Küstenforschung am Helmholtz-Zentrum für Material- und Küstenforschung Geesthacht (neuerdings: Helmholtz-Zentrum Hereon). Er ist Professor der Universität Hamburg (MIN und WiSo Fakultäten) und der Ocean University of China. Von 1986 bis 1995 leitete er in der Hasselmann-Abteilung am Max-Planck-Institut für Meteorologie die Gruppe „Statistische Analyse und Modellierung". Hans von Storch ist Klimaforscher mit dem Fokus auf Methoden (Statistik, Modelle), der Analyse von Änderungen (Detektion und Attribution), der regionalen Manifestation des Klimawandels und der Rolle der Klimawissenschaft in der Gesellschaft. Er hat Berichte des IPCC mitverfasst als Leitauthor.

**Dr. Michael Werz** ist Wissenschaftler und politischer Analyst mit Fokus auf nicht-traditionelle Konfliktfelder von Klimawandel, Migrationsbewegungen und Nahrungsmittelsicherheit sowie U.S. Außen- und Sicherheitspolitik und transatlantische Beziehungen. Seit September 2009 Senior Fellow in der Abteilung für Nationale Sicherheit am Center for American Progress in Washington D.C., verantwortlich für den Arbeitsbereich nicht-traditionelle Bedrohungsszenarien. Seit 2009 ist er zudem Adjunct Professor und Associate am Center for German and European Studies an der Edmund A. Walsh School of Foreign Service der Universität von Georgetown in Washington. Zuvor arbeitet er als Forscher am Institute for the Study of International Migration der Universität von Georgetown und als Senior Transatlantic Fellow beim German Marshall Fund of the United States in Washington. Habilitation am Institut für Soziologie der Leibniz Universität in Hannover, Promotion am Institut für Philosophie der Johann Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

**Prof. Dr. Cathrin Zengerling** ist Juristin und arbeitet vor allem in den Bereichen des (internationalen) Klima-, Energiewende-, Umwelt- und Planungsrechts sowie zu Themen nachhaltiger Stadtentwicklung. Sie leitet seit August 2019 die Juniorprofessur Transformation zu nachhaltigen Energiesystemen und seit Januar 2018 im Rahmen eines Freigeist-Fellowships der Volkswagen-Stiftung die Nachwuchsforschungsgruppe „Urban Footprints". Zuvor forschte und lehrte sie seit November 2015 als Postdoc an der HafenCity Univeristät Hamburg insbesondere im Kontext des Masterstudiengangs Resource Efficiency in Architecture and Planning (REAP). Von Mai 2011 bis Oktober 2015 bearbeitete sie als Rechtsanwältin in der Hamburger Kanzlei Günther Rechtsanwälte Mandate im Energie-, Bau- und Umweltrecht.

## Anlage 2: Textempfehlungen der Teilnehmenden – Schmidt-Gespräch 2022 „Wissenschaft.Macht.Politik." – Klimadiskurs und Gesellschaft"

1. **S. Aykut, A. Bassen, J. Beyer, M. Brüggemann, T. Busch,E. d'Amico, A. Engels, ... C. Zengerling** (2021), Summary of the Social Driver Assessment, In: D. Stammer; A. Engels; J. Marotzke;E. Gresse; C. Hedemann; J. Petzold (Eds.), Hamburg, Climate Futures Outlook 2021. Assessing the plausibility of deep decarbonization by 2050, S. 41-49, Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). Hamburg, Germany,
   vorgeschlagen von Cathrin Zengerling

2. **Holly Buck, Oliver Geden** et al. (2020),
   Pandemic politics–lessons for solar geoengineering, Commun Earth Environ,
   vorgeschlagen von Hans von Storch

3. **Peter Dabrock** (2021), Folgt der Wissenschaft?, FAZ,
   vorgeschlagen von Peter Dabrock

4. **Gregor Hagedorn** und **Felix Peter** (2022),
   Was müssen wir anders machen?
   Wie wir uns und unseren Kindern eine Zukunft gewinnen, Preprint,
   vorgeschlagen von Gregor Hagedorn

5. **Klaus Hasselmann** und **Hans von Storch** (2021),
   „Ich wollte ein anderes Problem lösen": Interview von Axel Bojanowski mit Klaus Hasselmann und Hans von Storch, Welt am Sonntag,
   vorgeschlagen von Hans von Storch

6. **Lamia Messari-Becker** (2020),
   Beratung und Klimaschutz: Gegen die Politisierung der Wissenschaft, Herder Korrespondenz,
   vorgeschlagen von Lamia Messari-Becker

7. **Jochem Marotzke** (2020),
   „Bloß keine Panik – auch nicht beim Klima":
   Interview von Andreas Frey mit Jochem Marotzke, FAZ,
   vorgeschlagen von Stefan Herms

8. **Karen Pittel** et al. (2021),
   Schneller zum Erfolg im Klimaschutz. Prioritäten der Regierung,
   in Frankfurter Allgemeine Zeitung, aktualisiert am 13.11.2021,
   vorgeschlagen von Karen Pittel

9. Karen Pittel et al. (2022),
What if? The Economic Effects for Germany of a Stop of Energy Imports from Russia,
In: ECONtribute Policy Brief No. 028, March 2022,
vorgeschlagen von Karen Pittel

10. A. Pohlmann, K. Walz, A. Engels,S. Aykut, S. Altstaedt,
A. Colell, ... & C. Zengerling, (2021).
It's not enough to be right! The climate crisis, power, and the climate movement.
GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society,
30(4), 231–236. https://doi.org/10.14512/gaia.30.4.5,
vorgeschlagen von Cathrin Zengerling

11. Krista Sager (2020),
Stellungnahme zu den Leitfragen des Wissenschaftsrats
zu Wissenschaftskommunikation und Politikberatung,
vorgeschlagen von Krista Sager

12. Krista Sager und Gert Wagner (2019),
Wissenschaft unter Druck. Vertrauensverlust oder Zeichen gewachsener
gesellschaftlicher Relevanz?, in: Hinsch,W.; Eggers,D. (Hrsg.): Öffentliche Vernunft.
Die Wissenschaft in der Demokratie, Berlin/Boston 2019, S. 21–34,
vorgeschlagen von Krista Sager

13. UN Women, BMZ, SWR (2021),
Einführungsdossier: Klimawandel und Gender,
vorgeschlagen von Karin Lochte

14. Michael Werz (2022),
„Der Klimawandel verschärft bestehende Konflikte":
Interview von Barbara Junge mit Michael Werz, taz,
vorgeschlagen von Michael Werz

15. Michael Werz und Max Hoffman (2016),
Europe's twenty-first century challenge:
climate change, migration and security, European View,
vorgeschlagen von Michael Werz

16. Michael Werz (2022),
"That's When Things Got Complicated:
Addressing the Security-Climate-Migration Nexus in Today's World." Memo of an MSC-event,
vorgeschlagen von Michael Werz

KlimaCampus Hamburg

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR METEOROLOGIE

HELMUT UND LOKI SCHMIDT STIFTUNG

www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de